



**Herbstliche Geisterstunde mit:
Rheinmördermetall gestern und heute
Rechtshöllenhilfe zu G20-Protesten 2017
Glassplitterhütte rechnet sich
... und mit unheimlich guten Terminen!**

**THE ADVENTURES OF
MARX-MAN
AND ENGELS-BOY**



Gerade in diesem Augenblick mutet die deutsche Regierung dem Volk eine neue, so gewaltsame Kraftanspannung zu, daß selbst der gegenwärtige sanfte Reichstag davor zurückbebt. Ist es da nicht Torheit, von Abrüstung zu reden?

[...]

Ich behaupte: Die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisierter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.

MEW Bd. 22, S. 373

ANZEIGE

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

**Nah-
&
Fern-
Umzüge**

Pinienstr. 23a
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

TERZ IN TOWN:

| | |
|---------------------------|-----------------------------|
| HSD-AStA | Münsterstraße 156 |
| White Rabbit | Birkenstraße 126 |
| Regenbogenbuchladen | Lindenstraße 175 |
| Beethoven | Beethovenstraße 38 |
| Café Luso | An der Icklack 2 |
| Kulturbureau K4 | Kiefernstraße 4 |
| Zakk | Fichtenstraße 40 |
| Back-Eck | Apollinarisstraße 24 |
| Kassette | Flügelstraße 58 |
| Pitcher | Oberbilker Allee 29 |
| LiZe Hinterhof | Corneliusstraße 108 |
| SHD | Kopernikusstraße 53 |
| BiBaBuZe | Aachener Straße 1 |
| Tigges | Brunnenstraße 1 |
| Metropol | Brunnenstraße 20 |
| Café Grenzenlos | Kronprinzenstraße 113 |
| Café Modigliani | Wissmannstraße 6 |
| Frida | Bilker Allee 4 |
| Blende | Friedrichstraße 122 |
| Frauenberatungsstelle | Talstraße 22-24 |
| Pauls | Düsseldorfer Straße 82 |
| Souterrain Kino im Muggel | Dominikanerstraße 4 |
| Destille | Bilker Straße 46 |
| Zum Goldenen Einhorn | Ratinger Straße 18 |
| Cinema | Schneider-Wibbel-Gasse 5-7 |
| Hitsville Records | Wallstraße 21 |
| FFT Kammerspiele / Jutta | Jahnstr. 3 / Kasernenstr. 6 |
| Waschsalon Rapido | Charlottenstr. 87 |
| WP8 | Worringer Platz 8 |
| Stadtbücherei | Bertha-von-Suttner-Platz |

idiotoreal

Och nee doch – TERZ back to Home Office und keinen Kopf mehr für eine neue Runde Klopapier-Scherze. Aber die Redaktion bleibt wenigstens konsistent und präsentiert auch thematisch Wiederaufnahmen. Bereits in der letzten Nummer hatten wir uns mit dem Monopoly-Spiel der Investor*innen in der Stadt beschäftigt, und wider Erwarten scheint jetzt

wirklich jemand auf das Gelände der ehemaligen Glashütte in Gerresheim gekommen zu sein und ein paar Häuser bauen zu wollen statt nur auf den Wertzuwachs des Grundstücks zu spekulieren. Wir können's kaum glauben (S. 4-5). Auch dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags, der sich mit dem Tod von Amed Ahmad in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt Kleve beschäftigt, hatte unser Blatt sich

schon einmal gewidmet. Aber solange es noch keine wissenschaftlichen Studien über Polizei-Gewalt und benachbarte Gebiete gibt, bietet sich der PUA halt hervorragend als Studienobjekt für „Cop Culture“ an (S. 5). Die Rüstungsschmiede Rheinmetall tauchte auf unseren Seiten ebenfalls schon des Öfteren auf, aber im Zusammenhang mit Kunst noch nie, deshalb also jetzt, wenn es auch leider nur retrospektiv ist (S. 6-9).

impresum Inhalt

Herausgeber: FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen
Erscheinungsweise: monatlich
Ausgabe: Nummer 310
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787
(Do.-Abend, sonst AB)
E-Mail: terz@free.de
Internet: http://www.terz.org

Bankverbindung:
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Kto.-Inh.: FGK e.V.
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

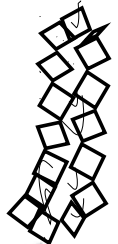
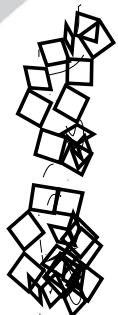
TERZ / FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Auslieferung.

Leser*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum für Diskussion und Streitkultur!



KAPITAL AKTUELL 4-5

nach „land banking“ und „share deals“ nun doch baldiger baubeginn auf dem glashütten-gelände?

RASSISMUS 5

noch zweimal dieses jahr tagt der „pua kleve“ – weiterhin sind beobachter*innen nötig!

WAR WORLD 6-9

vor 30 jahren speiste die rüstungsindustrie im düsseldorfer stadtmuseum, hungrig ist sie nach wie vor

§§ VS. ANTIFA 10

mehr als drei jahre nach dem g20-gipfel in hamburg wird fünf jungen aktivist*innen der prozess gemacht

HSD-SEITE 11

interview: studieren in zeiten von covid-19 und input: verschwörungserzählungen damals und heute

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT (I) 12-13

zusammen gegen den drachen: solidarität mit den arbeiter*innen der dragon sweater fabrik in dhaka

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT (II) 13

„unsere utopie gegen ihre repression“: demo gegen das pkk-verbot am 21. november in köln

CULTIGE ZEITEN 14-15

wer wo was wann warum wofür wogegen: veranstaltungshinweise aus politik & kultur



Gerresheimer Glashütten-Gelände Game over?

Fast zehn Jahre dauert das Monopoly-Spiel um das Gelände der ehemaligen Gerresheimer Glashütte nun schon an. Viele Male wechselte das Areal dabei den Besitzer, ohne dass – wie eigentlich vorgesehen – Wohnungen entstanden. Die Spekulation auf wachsende Grundstückspreise versprach stets mehr Profit. Nun aber kündigt die Glasmacherviertel GmbH einen Bau-Beginn an.

„In der Öffentlichkeit wird immer wieder behauptet, dass die Entwicklung des Glasmacherviertels nicht voranschreitet. Dabei wird häufig unterstellt, dass dies durch den neuen Eigentümer verursacht ist und aus der Veränderung der Eigentumsverhältnisse resultiert“, beklagte sich die Glasmacherviertel GmbH in einer Pressemitteilung. In der Rheinischen Post bemühte sich Ulrich Tappe, gemeinsam mit Andreas Mauska Geschäftsführer der Gesellschaft, deshalb um eine Richtigstellung. „Das sind schlichtweg Fake News“, so Tappe. Als Monopoly-Spieler, der das ehemalige Glashütten-Areal als reines Spekulationsobjekt betrachtet, mochte er seinen Arbeitgeber nicht bezeichnet wissen: „Wir haben bereits sieben Millionen Euro in die Planung des ersten Bauabschnitts investiert. Das würden wir wohl kaum machen, wenn wir nicht bauen wollen.“ Er kündigt sogar schon einen konkreten Beginn der Arbeiten an. Bereits im nächsten Jahr soll es losgehen. „Wir haben unsere Arbeit erledigt, jetzt liegt der Ball bei der Stadt“, meint Ulrich Tappe

mit Verweis auf den noch ausstehenden Bebauungsplan. Liegt dieser vor, kann die Glasmacherviertel GmbH einen Bauantrag stellen und – nach positivem Bescheid – loslegen. Die Errichtung von 1.500 Wohnungen (plus 200 weiteren auf einem integrierten städtischen Grundstück) visiert die Gesellschaft an. Darüber hinaus beabsichtigt sie, vier Kindertagesstätten, eine Grundschule und Gebäude für ein Einkaufszentrum und andere gewerbliche Nutzungsarten zu bauen.

Eine unendliche Geschichte

Käme es dazu, würde eine unendliche Geschichte einen Neuanfang nehmen. Ende 2004 hatte der US-amerikanische Konzern Owens Illinois die Gerresheimer Glashütte übernommen. Noch nicht einmal ein Jahr später machte er sie dicht. 2008 begann schließlich ein Werkstatt-Verfahren zur Überplanung des Geländes, und 2012 erwirbt die Patrizia Projektentwicklung das Grundstück, gerüchteweise für 20 bis 30 Millionen Euro. „Wir freuen uns, ein neues lebendiges Stadtquartier mit einem Park als Herzstück für Gerresheim schaffen zu können“, ließ die Firma verlauten. Ursprünglich plante sie 1.000 Wohnungen, später dann 1.400. Zunächst einmal galt es jedoch, den von Schwermetallen und anderen Giftstoffen kontaminierten Boden zu sanieren. Die Erschließungsarbeiten für Straßen, Wasser und Strom mussten dementsprechend warten. Die Patrizia hatte dafür einen Beginn Anfang 2015 im Auge und gab noch einen weiteren Ausblick: „Bei vorsichtigem Optimismus rechnen wir fürs Jahr 2016 mit dem ersten Spatenstich für die Wohnbebauung im Glasmacherviertel.“

Das Unternehmen rechnete dann aber doch lieber anders: Ende 2017 veräußerte es das immer noch jungfräuliche Areal für 142 Millionen Euro an Brack Capital Partners (BCP). Als erste Amtshandlung gründet der neue Besitzer die Grafental GmbH und bestimmt Ulrich Tappe zum Geschäftsführer. Ansonsten stehen keine großen Veränderungen an, versichert die Gesellschaft. Tappe, der auch einmal Geschäftsführer bei der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) war, spricht lediglich von ein paar Korrekturen die Wege-Führung, die Öffnung der Blocks und die Lärmschutz-Kanten betreffend. Gegenüber der Rheinischen Post stellt er am 21. Dezember 2017 in Aussicht, 2019 zu einem Vertragsabschluss mit der Stadt zu kommen und im gleichen Jahr mit dem Bauen zu beginnen. Zunächst aber kam erst einmal Adler Real Estate. Der Konzern verleibte sich Anfang 2018 BCP ein und hatte auch wieder so seine Vorstellungen. Also wieder Änderungen im Konzept und ein neuer Abstimmungsprozess mit der Rathaus-Spitze. Im Juni 2019 war BCP dann schon bei 2021, 2022 als Zeitpunkt für einen Bau-Start. „Spekulanten verhindern den Bau von Wohnungen“ überschrieb die „Wirtschaftswoche“ treffend einen Artikel zum Treiben der Branche in Gerresheim und anderswo. Deren eigentlicher Plan schien nämlich immer zu sein, Gewinne mit den Wertzuwächsen der Grundstücke zu erzielen statt mit dem, was da draufsteht, also „Land Banking“ zu betreiben.

Immer neue Termine

Rund drei Monate später ging es dann weiter im Programm. Adler Real Estate verkaufte 75 Prozent der Anteile der Grundstücksgesellschaft. 25 Prozent hielt sie weiter, um dem Käufer Grunderwerbssteuern zu ersparen. „Share Deal“ nennt sich diese vielgeübte Praxis. Den Namen des Neubesitzers nannte Adler dabei nicht. „Marktberichten zufolge handelt es sich um die Spree Holding, Berlin“, schreibt die „Immobilien-Zeitung“. Der bei der Transaktion zugrundegelegte Gesamtwert aller Anteile hatte inzwischen mächtig zugelegt. Er stieg auf 375 Millionen Euro. Geflossen sind allerdings bisher nur 36 Millionen Euro, und die auch nicht etwa aus den Taschen des Investors. Dieser nahm für das Geschäft vielmehr einen Kredit auf, mit dem er das Konto seines Neuerwerbs belastete. Die volle Summe erhält Adler Real Estate, das inzwischen mit Ado und Consus fusionierte und so zum drittgrößten börsen-notierten Wohnungskonzern Deutschlands aufstieg, erst, wenn Bebauungsplan und Bau-Genehmigung



Investoren-Kunst am viertels in spe (Foto: ...)

ANZEIGE

Rheinblick
Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein

Abo bestellen unter: info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Rheinblick No. 15 kostenlos Nov./Dez 2013

Wächst Elbere eine lange Nase

Für eine andere Wohn...

Es reicht

ICH DON'T SMILE... WEIL UNSERE ZUR WARE



Bauzaun des Glasmacher-Uwe Koopmann)

vorliegen. Und das könnte der Grund sein, warum in Gerresheim vielleicht in absehbarer Zeit wirklich etwas passiert. Eine Garantie dafür bietet das jedoch nicht.

„Am Projekt- und am Zeitplan ändert sich nichts, beteuerte Adler-Sprecher Jürgen Herres Mitte November 2019. Er gab auch eine Bestandsgarantie für das Handlungskonzept Wohnen auf dem Glashütten-Gelände, das den Bau von 20 Prozent öffentlich geförderten und 20 Pro-

zent preisgedämpften Wohnungen vorsieht. Aber wie bisher fast immer bei einem Besitzer-Wechsel steigt parallel zum Kaufpreis auch dieses Mal wieder die Anzahl der geplanten Wohneinheiten, weil sich das Ganze ja irgendwie amortisieren muss. Bei 1.700 liegt sie mittlerweile, was zu einer ziemlichen Verdichtung auf dem Areal führt. Und bei den 60 Prozent, die vom Handlungskonzept Wohnen ausgenommen sind und zur freien Verfügung der Bauherren stehen, ändert sich die Konzeption in Richtung Luxus-Segment. Schon bei einem Kaufpreis für das Glashütten-Grundstück von 120 Millionen veranschlagte die „Wirtschaftswoche“ eine Kaltmiete von 15 Euro pro Quadratmeter, bei den jetzt in Rede stehenden 375 Millionen dürfte es noch mal um einiges nach oben gehen. Gewohnt freihändig operierte Herres damals mit den Terminen. Erste Bau-Anträge Anfang 2020, das Baurecht Mitte des Jahres und dann los, so stellte er sich das vor. „Wenn alles glatt geht, kann Anfang 2021 gebaut werden“, mit diesen Worten zitiert ihn die „Westdeutsche Zeitung“. Die Stadt wusste es schon damals besser. „Jeder Verkauf des Grundstücks hat bislang Umplanungen erzeugt. Insofern kann ein Grundstücksverkauf oder ein Share Deal zu Verzögerungen in der Projektumsetzung führen“, so ein Sprecher gegenüber der „Immobilien-Zeitung“. Offenbar brauchte es doch etwas länger, die von der Glasmacherviertel GmbH avisierten „Optimierungen“ wie mehr Wohnungen, Freistellung des Wasserturms und Verzicht auf teure Straßen-Erschließungen der Grundstücke von mehreren Seiten aus in den bisherigen Masterplan einzupflegen. Jetzt kündigte Tappe erste Arbeiten am Wasserturm Ende 2021 und an Wohnhäusern im Jahr 2022 an. Dafür aber hat sich das Unternehmen eine vertrauensbildende Maßnahme ausgedacht: Es rief einen Graffiti-Wettbewerb ins Leben und stellte dafür den Bauzaun als Fläche zur Verfügung. Kunst am nicht vorhandenen Bau gibt es also schon.

JAN

Beobachtung gegen Bodennebel

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Kleve“ wird bis Jahresende nur noch wenige Male tagen. Kritische Ausschuss-Beobachtung ist dabei dringender denn je.

Am 29. September 2018 starb Amed Ahmad. Er überlebte die Brandverletzungen, die er sich in der Justizvollzugsanstalt Kleve zugezogen hatte, nicht. Der Brand war 12 Tage vorher, am 17. September, unter bislang ungeklärten Umständen in seinem Haftraum ausgebrochen. Inhaftiert war er dort grundlos und – wie wir heute wissen: unter Freiheitsberaubung.

Aufklärungspolitik

Der auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von NRW eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) tagt Ende Oktober in nun 24. Sitzung. Doch es ist inzwischen mehr als deutlich, dass sich hinter dem „Fall Kleve“ und der Geschichte der Inhaftierung und des Todes von Amed Ahmad ein Abgrund strukturell, institutionell und individuell rassistischer Behörden-Praxis auftut, dessen Ausmaß in einem Untersuchungsausschuss kaum zu Tage zu fördern sein dürften. Das liegt aber nicht nur an den Dimensionen der Niedertracht des rassistischen Normalzustandes eines ‚ganz normalen‘ Polizei- und Justiz-Alltages. Wenngleich Cop Culture und Korpsgeist durchaus ein verdammtes sicherer Rückzugsort sind für alle, die sich ihrer Verantwortung im Kreis der Kolleg*innen entledigen möchten. Diese Gruppendynamiken und -strukturen werden verhindern, dass das Gewissen an einer Stelle zu sehr drückt, dass sich ein*e Behördenmitarbeiter*in oder ein*e Polizeimitarbeiter*in das Herz erleichtern möchte.

Mit Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses lagen viele Hoffnungen auf Aufklärung auf dessen Arbeit. Heute, nach 23 Ausschusssitzungen – und mit den Erfahrungen aus der kritischen Beobachtung etwa der sog. NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundes- und in den Länderparlamenten – lässt sich aber erahnen, dass ein solcher Ausschuss kaum das richtige Aufklärungsinstrument sein kann. Denn die Ausschussmitglieder vor allem der Ressort-Verantwortlichen Fraktion der CDU (die mit Herbert Reul und Peter Biesenbach das Innen- sowie das Justizministerium anführt) sind schlichtweg und ganz offenkundig nicht daran interessiert zu erfahren, wer verantwortlich ist für die unrechtmäßige Inhaftnahme – für die Freiheitsberaubung –, mit der Amed Ahmad im Juli 2018 zunächst in Geldern, dann in Kleve in Haft gesetzt wurde. Immer deutlicher wird: Es braucht sie nicht zu interessieren. Denn sie wissen es bereits. Verantwortlich sind NRW-Beamt*innen in Krefeld, Geldern, Duisburg, Kleve, Siegen. Beamt*innen und Mitarbeitende

der Polizei und Justiz. Polizist*innen und Behördenmitarbeiter*innen im Dienste der Polizeidirektionen und des Landeskriminalamtes.

Dass die CDU-Fraktion im Ausschuss in ihrer Sicht auf „ihre“ unbescholtene Polizei Teil dieser Cop-Culture ist, dürfte jede Aufklärung ungemein erschweren. Es braucht kaum an die Vehemenz erinnert werden, mit der NRW-Innenminister Herbert Reul – wie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) – eine wissenschaftliche Studie zu rassistischem Polizeiverhalten ablehnt. Anliegen der CDU-Fraktion im Untersuchungsausschuss ist – logischerweise: So lange Bodennebel zu verbreiten, bis die „Sache“ in Vergessenheit geraten ist. Die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD strampeln sich derweil im Ausschuss die Hacken ab. Ihr Bemühen gleicht indes dem berühmten Paddelschlag auf’s Wasser.

Nicht unbeobachtet

Initiativen wie NSU-Watch NRW rufen trotz dieser bitteren Ausgangslage seit Beginn der Ausschuss-Arbeit unermüdlich dazu auf, als Beobachter*innen und Dokumentar*innen den PUA zu begleiten und an den Sitzungen teilzunehmen. Denn je größer die Zahl der Menschen ist, die den Ausschuss beobachten, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass seine Mitglieder und deren politische „Vorgesetzte“ mit ihren Ausreden nicht zur Ruhe kommen.

Die Initiative Amed Ahmad hat am 13. Oktober 2020 in Bonn mit einer Gedenkveranstaltung auf dem zentralen Münsterplatz in der Innenstadt an Amed Ahmad erinnert. Die Familie, Amed Ahmads Eltern und Geschwister und seine Freund*innen haben dort öffentlich über ihn und seine Geschichte gesprochen. Sie haben erzählt, wie sie an ihn denken. Sie berichteten von seiner Flucht nach Deutschland und von seiner Hoffnung darauf, endlich sicher zu sein vor Krieg, Folter und Verfolgung in Nordsyrien, in Afrin. Sie haben sich gezeigt in ihrem Schmerz darüber, dass am Ende dieser Flucht nicht Sicherheit stand, sondern erneut: Repression. Am Ende: der Tod ihres Sohnes, Bruders, Freundes. Dieser Erinnerung schließt sich die kritische Beobachtung des Untersuchungsausschusses ebenso an – für Amed Ahmad und alle, die in Polizeigewahrsam oder in Haft gestorben sind.

Der „PUA Kleve“ tagt bis Ende des Jahres noch zwei Mal: am 17.11.2020 und am 08.12.2020 – jeweils um 14 Uhr im Landtag von NRW in Düsseldorf. Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich. Die kritische Ausschussbeobachtung zeigt immer Wirkung: Mit Publikum ist das Vertuschen schwerer! Aktuelle Informationen twittert NSU-Watch NRW unter @nsuwatch_nrw Die Initiative Amed Ahmad ist über ihren Blog erreichbar unter: <https://initiativeamad.blackblogs.org/>





„Kuchen zum Dessert“ von Klaus Klinger - Arbeit in der Ausstellung „Schöne Bescherung“ (Bild: Lothar Spinn-Conradt, Katalog zur Ausstellung)

Düsseldorf: Hier speist die Rüstungsindustrie

Vor 30 Jahren sorgte eine Ausstellung der „Wandmalgruppe Düsseldorf“ für Aufsehen. Mit der Werkschau „Schöne Bescherung“ thematisierte sie damals die schmutzigen Geschäfte der Rüstungsindustrie und die Außenhandelsdeals deutscher Konzerne und Unternehmen, die ohne Skrupel mit Menschenrechtsverächtern Geschäfte machten. Was 1989/90 mit einem Kaffeeklatsch für Rheinmetall einen skandalträchtigen Höhepunkt hatte, ist 2020 aber noch lange nicht vorbei: Die Kampagne „Rheinmetall entwaffnen“ hat auch in diesem Jahr den Düsseldorfer Waffenkonzern zum Tanz gebeten.



„War starts here“ - „Der Krieg beginnt in Düsseldorf“: Seit über 140 Jahren ist der Rüstungsproduzent „Rheinmetall“ Düsseldorfs Konzernperle - seit jeher gepflegt und gehegt von der Stadt- und Landespolitik, mit Auftrags- und Exportgenehmigungen unterstützt von den Bundesregierungen jedweder Couleur.

1914, knapp 25 Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1889, erlebte die „Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik“ bereits ihren ersten Boom. Sie exportiert Rüstungsgüter in zwölf europäische Länder und in die USA. Vier Jahre später haben Waffen und Munition des Düsseldorfer Unternehmens millionenfach ihre Bestimmung gefunden: In den vier Jahren des Ersten Weltkriegs sterben 10 Millionen Soldaten, 20 Millionen werden verwundet. Auf allen Frontabschnitten töten sich Menschen mit Rheinmetall-Waffen gegenseitig.

„Und nach abermals 20 Jahren / kommen neue Kanonen gefahren“, schreibt Kurt Tucholsky 1919. Er wird recht behalten. Auch in Düsseldorf. 1939, zum 50. Firmenjubiläum, wünscht sich der Konzern - in glühender Verehrung des „geliebten Führers“ - zum „Wohle des großdeutschen Volkes auch in Zukunft“ einen stattlichen Anteil an der „gewaltigen Aufbauleistung“: von Nazi-Deutschland auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg. Die gar nicht „saubere Wehrmacht“ wird in Europa mit den Waffen aus dem Hause Rheinmetall Kriegsverbrechen begehen. Ihre Soldaten werden töten - und sterben, massenhaft.

Nach dem 8. Mai 1945 wird Rheinmetall knapp 10 Jahre lang keine Rüstungsgüter produzieren. Aber es wird auch kaum jemand nach den Zwangsarbeiter*innen fragen, die das Unternehmen bis Kriegsende in seine Sklavendienste genommen hatte. Ab 1956 prosperiert das Geschäft mit dem Tod dann erneut. Nun ist die Bundeswehr Rheinmetalls erster Großkunde im postnationalsozialistischen Deutschland. 2019 sorgte die Rüstungssparte mit rund 3,5 Milliarden Euro für mehr als die Hälfte des Konzern-Umsatzes. Rheinmetall-Produkte töten. Weltweit.

Rheinmetall entwaffnen!

Ende August 2020 störten Aktivist*innen der Initiative „Rheinmetall entwaffnen“ in Kassel den Betriebsablauf der in Hessen ansässigen Rheinmetall-Konzernsparte „Military Vehicles“ und blockierten dort zugleich die Produktionshallen des Rüstungskonzerns „Krauss Maffei Wegmann (KMW)“. An dem Aktionstag beteiligten sich rund 600 Personen. Damit brachten sie die

#HealthCareNotWarfare auf der Spree - dezentrale Aktionen zur Rheinmetall-Hauptversammlung 2020 (Foto: Bündnis Rheinmetall entwaffnen)

Kriegsgewinn-Unternehmen zum wiederholten Mal in die Negativschlagzeilen von Fernsehen und Presse. Sie sorgten dafür, dass inmitten der SARS-CoV-2-Pandemie kraftvolle Proteste dazu beitrugen, einem Thema Publizität zu verschaffen, das aktuell nicht im Vordergrund politischer und sozialer Kämpfe zu stehen scheint.

Ihr Erfolg ist nicht zuletzt auch daran abzulesen, dass am Eingang zum Werksgelände von Rheinmetall am 28.8.2020 schon vor Beginn der angekündigten Protestaktionen alle Firmenschilder abmontiert worden waren. Der Konzern mochte seinen Namen wohl nicht in der Tagesschau sehen. Offenkundig mag die Düsseldorfer Waffenschmiede, die mit Tochtergesellschaften oder mit internationalen Ausgründungen seit jeher die Kunst der Legalisierung illegaler Waffengeschäfte auf die Spitze zu treiben versucht, öffentliche Aufmerksamkeit überhaupt nicht. „Rheinmetall entwaffnen“ hat dem Rüstungskonzern in dieser Hinsicht also auch 2020 zweifellos einen Strich durch die Rechnung gemacht. Selbst unter schwierigen Bedingungen.

Denn 2020, das sollte eigentlich das nun bereits dritte Jahr der großangelegten Aktionen und Proteste gegen die Kriegswaffenindustrie, vor allem gegen den Forschungs- und Entwicklungsstandort von Rheinmetall in Unterlüß werden. Schon 2018 gab es ein Protestcamp dort. 2019, im September, waren dem Aufruf, mit Blockaden den Betriebsablauf am „Rheinmetall“-Standort nahe Celle lahmzulegen, Hunderte gefolgt. Sie sammelten Erfahrungen vor Ort, stärkten ihren Protest in dem jährlich stabiler werdenden, schon jetzt effektiven Warm-Up für künftige, kraftvolle direkte Aktionen.

Die antimilitaristischen Camps waren 2018 und 2019 über mehrere Tage angelegt, schufen Aktions- und Ausdrucks-Räume auch für Themen, die mit der Kriegs- und Waffenindustrie, mit Rüstung und Kriegstreiberei in direktem Zusammenhang stehen: Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus; die Kämpfe der kurdischen Bewegung gegen die auch mit Hilfe von Rheinmetall-Produkten verübten Menschenrechtsverbrechen der türkischen Regierung im Südosten des Landes und – seit 2018 – gegen den annexionistischen Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien. Dabei holten die Aktivist*innen in den vergangenen zwei Jahren „Rheinmetall Defence“ durchaus an genau dem richtigen Ort aus der vermeintlichen Hinterland-Deckung. Denn an seinem aktuellen Produktions- und Forschungshauptsitz in Unterlüß betreibt der Rüstungskonzern nach eigenen Angaben das größte „private Test- und Versuchsgebiet in Europa“. Auf's platte Land gestellt, um für „nationale und internationale Kunden“ auf 50 Quadratkilometern wehrtechnische Un-

tersuchungen sowie System- und Komponentenerprobungen durchzuführen. Selbstbewusst rückt der Konzern dabei auch sprachlich nach vorne, was im Aufhübschungsjargon des weltweit tätigen Rüstungsriesen bisweilen sonst scheinbar verschämt als „Defence“, als „Verteidigung“ bezeichnet wird: In Unterlüß, da gibt man sich im Wording ganz offen. Hier ist die „Rheinmetall Waffe Munition GmbH“ am Werk.

Stören und Verhindern

... , das sind in den gegenwärtigen Protesten gegen „Rheinmetall“ und Co. die Einmischungsstrategien und Aktionsformen. 2019 stürmten kritische Aktionär*innen der Initiative „Rheinmetall entwaffnen“ das Redner*innen-Podest der Aktionärsversammlung in Berlin, begleitet von antimilitaristischer Straßenpräsenz rund um den Versammlungsort der Konzernbesitzer*innen. Über eine Stunde lief nichts mehr im Versammlungssaal, just da der Vorstandsvorsitzende Armin Papperger ans Mikrofon treten wollte, um die Renditen mit dem Tod zu verkünden.

Den Plan, 2020 an diese Protestformen – das mehrtägige Camp in Unterlüß, Störungen und Blockaden der Aktionärsversammlung – anzuknüpfen, vereitelte dann aber: „Corona“. In der Pandemie-Hochphase schien eine Intervention mit Hilfe der klassischen Protest-Formen der Blockaden oder Raumanneignungen die Aktivist*innen untereinander deutlich zu sehr in Spuck- und Atemreichweite zu bringen, um als politische Praxis auch Schutz-Bedürfnissen genügen zu können. Im Getümmel knackiger Aktionen ist „physical distancing“ schlicht nicht einlösbar. Gleichzeitig aber ist klar, dass die Waffen von Rheinmetall und Co. nicht deshalb schweigen, weil eine weltweite Pandemie herrscht. Im Gegenteil: Am Fließband zur Herstellung von Panzern und



Munition wird ohne Pause im Takt des Kapitalismus produziert. Krieg findet weiterhin statt. So rasselte etwa Recep Tayyip Erdoğan (nur ein(!) Beispiel unter vielen) weiter mit Rheinmetall-Säbeln – neuerdings auch mit seinem mehr als brenzigen Ressourcen-Besitzstands-Angriff gegen Griechenland. Seine für den kommenden Winter aktualisierten Einmarschpläne in die kurdische Region um das selbstverwaltete Rojava wird er ebenfalls mit Panzern der Düsseldorfer Rüstungsschmiede umsetzen. So, wie die türkischen Kriegstreiber bereits im Januar 2018

in ihrem völkerrechtswidrigen Angriff und der anschließenden Besetzung des nordsyrischen Afrin auf Rheinmetall-„Defence“-Produkte setzen konnten. Vor den Augen der Welt. Der Krieg beginnt also – auch – in Düsseldorf, dem Konzernsitz von „Rheinmetall“. Dass an den EU-Außengrenzen Menschen an Orten wie Moria (nicht *nur* aber noch mehr in Zeiten von „Corona“) um ihr nacktes Überleben kämpfen müssen, ist eine der Folgen. In direkter Linie der nur an Profit-Maximierung interessierten Rüstungsindustrie, mit deren Waffen Kriege geführt und Menschen zur Flucht gezwungen werden. Und: Die Bundesregierung? Sie stimmt Waffen(teile-)Exporten zu und schließt ihre Grenzen für Geflüchtete. Sie verabredet dazu an der Seite der EU mit der türkischen Regierung „Flüchtlingsdeals“. Sie verspricht Devisen, die die ansonsten bankrotte Türkei dann wiederum in Düsseldorf ausgeben kann – für Waffen. Das ist die Logik des Imperialismus im 21. Jahrhundert. Das ist Niedertracht 2020.

Kunst gegen Militarismus und Rüstungskonzerne

All das ist aber nicht neu. Wo Krieg ist, gibt es Rüstungsindustrie. Und es gibt Menschen, die sich dagegenstellen. Die Geschichte der Proteste



Aktion zur Rheinmetall-Hauptversammlung, 19.5.2020 in Düsseldorf: Der Tod und Rheinmetall-Vorstand „Armin Papperger“ - ein gutes Team (Foto: TERZ)



Fassadengestaltung zur Ausstellung „Schöne Bescherung“ Dezember 1989/ Januar 1990 - Arbeit von Klaus Klinger (Bild: Lothar Spinn-Conradt, Katalog zur Ausstellung)

ist lang, getaktet im Rhythmus des Militarismus, gegen den sie in Aktion treten. Dabei sind ihr Ausdruck und ihre Aktionsformen nicht immer „nur“ als Antwort formuliert. Manchmal sind sie den Entwicklungen, die sie prophezeien, auch mehr oder weniger weit voraus, legen den sprichwörtlichen Finger immer einen Tick früher in die Wunde, als es den Rüstungsmagnaten und ihren politischen Fürsprecher*innen lieb ist.

Für ein im Wortsinne plastisches Beispiel ist Düsseldorf inzwischen beinahe historischer Schauplatz. Doch ist das seinerzeit aufsehenerregende antimilitaristische Statement von Düsseldorfer Künstlerinnen und Künstlern heute nahezu in Vergessenheit geraten. Mitsamt der aufgeregten Gegenrede, die auf politischem Parkett und im (Düsseldorfer) Feuilleton folgten.

Seinerzeit, vor nunmehr 30 Jahren, hatte die „Wandmalgruppe Düsseldorf“ bereits seit Jahren von sich reden gemacht. Jener Kreis von Künstler*innen zunächst um Klaus Klinger, Willi Oesterling, Thomas Giese und Gert Trostmann (später mit Anne Aumann und Dietmar Lindner) war seit 1977/78 zunächst mit großformatigen Bearbeitungen der grauen Hausfassaden an der Gerresheimer Straße, später stadtweit mit Fassadenkunst in Erscheinung getreten. Dann sorgte er mit Straßen-Performances in Masken-Objekten von Klaus Klinger, mit „Kostüm“-Installationen zu Karnevalsumzügen oder mit Agitprop-Interventionen für Irritation im Stadtbild.

Neben der damals schon notwendigen Kritik an dem, was später klugsprechend „Gentrifizierung“ genannt wurde, waren „Überwachung“ (so etwa mit den Wandbildern „Auge“ und „Ohr“ am Flingeraner Hellweg, 1979/1980) und vor allem immer wieder „Rüstung“ und „Militarismus“ Themen der Künstler*innengruppe. Im Januar 1991, nur

wenige Tage vor Beginn des Zweiten Golfkriegs, eröffnete die „Wandmalgruppe Düsseldorf“ zum Beispiel ihr „Anwerbebüro“ auf dem Düsseldorfer Schadowplatz. Ihre Prophetie, dass „Deutschland“ wieder „wer“ werden wolle in der Welt und bald auch neuerlich Soldaten ins Feld der Ehre schicken würde, war hier enorm nah dran an der dann prompt folgenden Realität. Auch wenn sich deutsche Streitkräfte in den drei Monaten des Kampfeinsatzes der sogenannten Koalitionsstreitkräfte unter Führung der USA aus der Luft, zu Wasser und zu Lande noch nicht direkt einbringen konnten, entsandte die Bundesrepublik im Zweiten Golfkrieg doch immerhin Soldaten und Technik bis an die Grenzen des NATO-Gebietes. Die „Wandmalgruppe“ tat also gut daran, die Rekrutierungen der Bundeswehr im Winter 1991 zum Motiv ihrer Arbeit zu machen.

„Hier speist die Rüstungsindustrie“

Dabei konnte sie für ihre antimilitaristischen Inhalte bereits durchaus auf ein gehöriges Maß an Skandal-Potenzial setzen. War doch erst ein knappes Jahr zuvor, im Januar 1990, eine große Werkschau der Wandmalgruppe mit Pauken und Trompeten zum Aufreger-Thema der Düsseldorfer Kulturpolitik geworden. Noch vor dem Jahreswechsel hatte der damalige Direktor des Stadtmuseums Düsseldorf, Wieland Koenig, die Gruppe eingeladen, ihre Arbeiten unter einem städtischen Dach zu präsentieren. Drei Räume hatte Koenig den Künstler*innen freigemacht. Anfang Dezember 1989 konnte die Ausstellung eröffnet werden.

Unter dem jahreszeitengemäßen Titel „Schöne Bescherung“ setzte die Gruppe die Räume als eine Art Geisterbahn in Szene, bewusst überspitzend und damit signalisierend, dass mit gefälliger

Kunst oder adventlich-deutscher Gemütlichkeit nicht zu rechnen sein würde. Im Gegenteil. Bereits über dem Gebäudeeingang zum Museum hatten die Wandmaler*innen die Darstellung eines Rentier-Skelettes angebracht, das den Schlitten des Weihnachtsmannes mit Toten-Schädel zog. Das Thema war gesetzt, das Entree wies die Richtung. So rutschten die Besucher*innen auch gleich im ersten Raum auf einem nach rechts driftenden Holzweg in „Latente[r] Schieflage“ (Anne Aumann) auf ein Hakenkreuz zu, bevor sie mit Klaus Klingers Masken-Arbeit „Deutschlandklänge“ in eine „deutschnationale Stammtischrunde“ hineinstolperten. Willi Oesterling zeigte raumfüllend mit „Zerstörung“ die Foto-Reste des 1943 zerstörten Düsseldorfer Opernhauses, spiegelte die Besucher*innen in Körpergröße in die Szene hinein.

Zu Steinen des Anstoßes jedoch wurden die Arbeiten „Kuchen zum Dessert“ und „Südafrika und Co.“ Ihre Motive: Die hemmungslos kapital-süchtige Rüstungsindustrie und die allgemeine Profitgier der Konzerne, die auch dann nicht auf ihre Exportgewinne verzichten mögen, wenn Menschenrechteverächter ihre Produkte ordern. So bat Klaus Klinger mit „Kuchen zum Dessert“ mit einer menschenhohen Schaumstoff-Torte, geschichtet aus Schädeln und Skeletten, zur Kaffeetafel – zunächst mit Tischkärtchen, die konkret benannten Rüstungsfirmen am feist gedeckten Tisch ihren Platz zuwies. Der Bericht-erstattung der Lokalpresse von Dezember 1989 folgend, verschwanden die Platzkarten jedoch nachträglich aus der Installation, wurden ersetzt durch ein Schild mit der Aufschrift „Hier speist die Rüstungsindustrie“. Die Düsseldorfer Nachrichten wussten zu berichten, dass die Entscheidung, das Exponat zu entschärfen, nach dem 30.11.1989 gefallen sei, nach dem tödlichen Anschlag auf den Deutsche Bank-Vorstand Alfred Herrhausen. Wenige Meter weiter konnten die Besucher*innen durch ein Säulentor in den nächsten Raum schreiten, unter dem Schriftzug „Apartheid“ hindurch. Links und rechts der Türstürze hatte Dietmar Lindner auf insgesamt drei Säulen die Namen von Firmen und Konzernen angebracht, die einer Dokumentation der UNO entnommen waren. Sie bezeichneten ausweislich dieser offiziellen Liste jene skrupellosen Unternehmen, die gegen jede Absprache mit den Vereinten Nationen weiterhin Geschäfte mit Südafrika betrieben. Als „tragende Säulen“ garantierten sie, die Konzerne der „Apartheid“, dem Kapitalismus einen stabilen Stand.

„Schöne Bescherung“

Binnen weniger Tage nach der Ausstellungseröffnung waren die Arbeiten der „Wandmalgruppe

Düsseldorf“ das Aufreger-Thema der Stadt, lärmend skandalisiert im Blätterwald der Feuilletons. Vor allem die Mitglieder der Düsseldorfer CDU, allen voran jene, die im Bezirk Altstadt für die Union das Sagen hatten, wussten ihren Unmut über die Ausstellung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. CDU-Ratsherr Wolfgang Kamper etwa sah durch den Totenschädel in der Weihnachtsmann-Darstellung über dem Eingang des Stadtmuseums „religiöse Gefühle“ verletzt. Ruth Holzwig von der CDU meinte zu wissen, dass „die Namensliste im Südafrika-Raum eine bestürzende Ähnlichkeit mit RAF-Todeslisten“ habe. Der Vorsitzende des Kulturausschusses, CDU-Ratsherr Hubert Werder, bemängelte, dass das Stadtmuseum sich für eine „politisch einseitige Ausstellung“ hergebe. Schuldirektor und CDU-Mitglied im Kulturausschuss Manfred Graff unterstellte der Künstler*innengruppe, mit ihren Verweisen auf die Groß- und Rüstungsindustrie zu Gewalt aufzurufen.

Doch bei Wortmeldungen alleine sollte es nicht bleiben. Vielmehr betrieben Einzelne aus den Reihen der CDU nun aktiv die Absetzung von Wieland Koenig, sammelten – unter prominenter Führung durch den ehemaligen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Helmut Conzen sen. – Unterschriften gegen den Direktor des Stadtmuseums. Schließlich erging Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Koenig. Seine Entfernung aus dem Düsseldorfer Kulturbetrieb war ausgemachtes Ziel.

Inzwischen dürfte allen noch so kunst-fernen Bürger*innen in Düsseldorf zu Ohren gekommen sein, worüber so hitzig gesprochen wurde. Ausstellung und Aufsichtsbeschwerde wurden zum Anlass dafür, dass in Düsseldorf auf allen Ebenen, im Büro des Stadtdirektors, im Kulturausschuss, in den Medien und auch in den Leser*innenbriefspalten über Rüstungsexporte, über Apartheid und die menschenverächtliche Profitgier der Konzerne debattiert wurde. Die offiziell von den Vereinten Nationen veröffentlichte Liste der in Südafrika unter Bruch internationaler Konventionen aktiven deutschen Konzerne war plötzlich weithin sichtbarer Bezugsrahmen für die Kontroverse. Kaum hätten die Namen der Großunternehmen häufiger genannt werden können, noch dazu in diesem eindeutigen Kontext.

Zugleich hatten die erbitterten Anfeindungen gegen die Arbeiten der Wandmalgruppe dafür gesorgt, dass stadtweit und darüber hinaus über die Motive und Ausdrucksformen von Kunst und über künstlerische Freiheit gesprochen wurde. Bolo Mayweg, dem amtierenden Stadtdirektor, fiel schließlich das vorläufige Schlusswort in der Debatte zu. Er wies die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Wieland Koenig mit klaren Worten ab:

Sicherlich könne man der „Ausstellung kritisch gegenüberstehen“. Doch habe die Stadtgesellschaft die „Pflicht“, sich „dieser Diskussion zu stellen“. Denn die „offene und kritische Auseinandersetzung über Fragen von Rüstung, Rüstungsindustrie und Apartheid“ müsse in einem „freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat geführt werden können“. Die im Stadtmuseum ausgestellten Arbeiten nun aber „in die Nähe der RAF zu stellen“, würde hingegen „die grundrechtlich garantierten Rechte und die künstlerische Freiheit unterlaufen und gefährden.“

Düsseldorf – eine feine Adresse

Die Wandmalgruppe Düsseldorf konnte von diesem „1.-Klasse-Freispruch“ durch die städtische Verwaltungsspitze nicht profitieren, erinnert sich Thomas Giese heute. Die Ausstellungsinhalte hätten zwar ein unverhofft breites Publikum erreicht – mehr, als sich die Künstler*innengruppe wohl hatte vorstellen können. Insbesondere bei aller Skepsis gegenüber einer Ausstellung der eigenen Werke ausgerechnet in einem Museum, also abseits der ihr sonst eigenen interventionistischen Ausstellungsformen unter freiem Himmel. Doch die Gruppe sei nach dem „Skandal“ zum „heißen Eisen“ geworden. Von da an hätten die Künstler*innen nur noch unter großen Schwierigkeiten freie Wände für ihre Großarbeiten im öffentlichen Raum finden können. Die CDU rächte sich außerdem später durch die Hintertür für ihren Punktverlust. Fünfzehn Monate nach Ende der Ausstellung stimmten die CDU-Ratsmitglieder im Kulturausschuss gegen die Teilfinanzierung des Ausstellungskataloges. Zu diesem Zeitpunkt war der Zweite Golfkrieg, der Mitte Januar 1991 begonnen hatte, beinahe vorbei. Wer daran verdient hatte, wussten alle.

Schöner stören

Der Katalog, der die Ausstellung „Schöne Bescherung“ und ihre Geschichte dokumentiert, ist heute nicht mehr zu finden im Museumsshop des Stadtmuseums. Auch der schmale Gang, in dem die Geschichte der sozialen Bewegungen und Proteste in Düsseldorf nach 1945, illustriert in



Objekten, Gemälden, Fotografien und Zeitungsartikeln, ihren Platz hatte, ist abgeräumt. Die Themen aber, die bleiben.

Und auch die Konzerne der Rüstungsindustrie sind nicht ins Depot der Geschichte gewandert. Wenn sich Aktivist*innen im Mai 2020 zum Aktionstag im Rahmen der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen“ anlässlich der Konzern-Hauptversammlung mit Masken und Straßentheater vor dem Ver-

waltungshauptsitz des Düsseldorfer Rüstungsbetriebes querstellen, machen ihre Proteste Namen und Gesichter der Konzernspitze sichtbar. Sie weisen auf Strukturen hin und üben Druck auf die Verantwortlichen aus: Keine Granate, kein Sprengkopf und keine Drohne wird mehr ohne den kritischen Blick der Öffentlichkeit den Besitzer wechseln können. Jede Exportgenehmigung der Bundesregierung wird wahrgenommen, ihr Handeln fortwährend kommentiert.

Wenn es gelingt, die aktuellen Aktionsformen zu erweitern, Kunst, Straße, Theater und „Karneval“ an die Seite von Blockaden und Protestformen etwa des zivilen Ungehorsams zu stellen, ist es vielleicht wieder leichter, antimilitaristische Proteste auf die Bühnen der großen Debatten zu tragen. Anders als Kunst hat die direkte Aktion inzwischen aber leider zu selten die Unterstützung kraftvoller Fürsprecher*innen, um ihre Positionen in die Echokammern größerer Kreise zu tragen. Noch weniger ist jeder Protest-Aktion der Zufall vergönnt, auf die Beißreflexe derjenigen zu stoßen, die ihr blitzblankes Image um jeden Preis – auch mit den dümmsten Argumenten – verteidigen wollen. So, wie es seinerzeit bei der CDU der Fall war, die zur Verteidigung des guten Rufes der Stadt Düsseldorf und ihrer Unternehmen gegen Kunstfreiheit und Kulturpolitik ins Feld zog. Sie war es, die am Ende unabsichtlich für Kontroversen und Aufmerksamkeit sorgte. Die Geschichte der Wandmalgruppen-Werkschau mag darum nicht zuletzt ein gutes Beispiel dafür sein, dass es sich lohnt, Kunst wieder politischer gestalten zu wollen. Wir brauchen das. Auch ohne Kunsthochschule und Museum.

TILL JAKOB



„Piloten ist nichts verboten“ - Aktion der Wandmalgruppe Düsseldorf zum Straßenkarneval 1989 (Bild: Wandmalgruppe Düsseldorf, Katalog zur Ausstellung)

Die Rechtshilfegruppe Düsseldorf informiert

2017 sind wir mit vielen anderen aus Düsseldorf zu den G20-Protesten nach Hamburg gefahren. Neben den Riots kam es zu massiver Polizeigewalt, die viele Menschen getroffen hat. Aber der damalige Bürgermeister und heutige Vizekanzler und Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland Olaf Scholz behauptet bis heute: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“.

Nur zur Erinnerung: Es kam zur teilweisen Aufhebung der Gewaltenteilung - die Polizei übergang Urteile der Justiz. Es wurden paramilitärische Einheiten mit Maschinenpistolen eingesetzt und, und, und... Während bis heute kein einziger gewalttätiger Polizist angeklagt wurde, im Gegenteil wurden die meisten Verfahren sang- und klanglos eingestellt, wurden Demonstrant*innen einer maßlosen Repression ausgesetzt, die bis heute anhält. Ab Anfang Dezember finden weitere Prozesse statt. Dort versucht die Staatsanwaltschaft eine eigene Interpretation von Gesetzen und Urteilen des Bundesverfassungsgerichts durchzusetzen, nach der Angeklagte, trotzdem ihnen keinerlei Vergehen vorgeworfen werden, zu hohen Haftstrafen verurteilt werden sollen, weil sie an einer Demonstration teilgenommen haben. Hierzu veröffentlichen wir folgenden Text der Roten Hilfe.

Rondenborg-Pilotverfahren: Fünf Jugendliche ab Dezember vor Gericht

Auch nach mehr als drei Jahren nach dem G20-Gipfel in Hamburg ist ein Ende der staatlichen Repression nicht abzusehen. Im Dezember soll der erste Prozess im sog. Rondenborg-Komplex gegen fünf junge Angeklagte starten. Sie sind die jüngsten der insgesamt über 80 Angeklagten, denen im Rahmen eines Pilotverfahrens der Prozess gemacht werden soll. An ihnen sollen exemplarisch die Beweisführung und Konstruktion der Vorwürfe durchexerziert werden, die nach dem Willen der Staatsanwaltschaft auch in möglichen späteren Verfahren gegen ihre Genoss*innen angewandt werden sollen.

Die Angeklagten gehören zu den ca. 200 Demonstrant*innen, die am Morgen des 7. Juli 2017 in der Straße Rondenborg in Hamburg-Bahrenfeld

von einer BFE-Einheit ohne Vorwarnung angegriffen wurden, als sie auf dem Weg zu Blockadeaktionen waren. Bei diesem Angriff wurden zahlreiche Aktivist*innen verletzt, elf von ihnen schwer. Das staatsanwaltliche Konstrukt sieht nicht vor, individuelle strafbare Handlungen nachzuweisen. Allein die Anwesenheit der Beschuldigten vor Ort genüge, um ein gemeinsames Tathandeln zu unterstellen, was für eine Verurteilung ausreicht. So werden auch den Beschuldigten keine konkreten Straftaten zugeordnet. Falls sich diese Rechtsauffassung durchsetzen sollte, wäre künftig jede Teilnahme an einer Demonstration mit enormen Kriminalisierungsrisiken verbunden. Straftaten Einzelner könnten so allen vor Ort befindlichen Personen zugeschrieben werden. Weil das Landgericht Hamburg die jüngsten Beschuldigten ausgesucht hat, kann die Öffentlichkeit von dem Verfahren ausgeschlossen und somit die Begleitung durch solidarische Unterstützer*innen und kritische Presse im Gerichtssaal unterbunden werden. Der anstehende Prozess bedeutet einen massiven Eingriff in die Lebensgestaltung und Perspektiven der jungen Aktivist*innen, der die ohnehin schon enorme Belastung durch die eigentliche Repressionsmaßnahme verschärft. Einmal wöchentlich müssen die Genoss*innen, die in verschiedenen Städten leben, ab Ende 2020 zu dutzenden Verhandlungstagen nach Hamburg fahren. Damit wird es über einen unabsehbar langen Zeitraum unmöglich, geregelte Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Als Prozessaufakt plant das Gericht derzeit den 3. Dezember 2020. „Von Anfang an war es skandalös, wie die Ham-



burger Polizei nach ihrem blutigen Angriff gegen die Demonstration im Rondenborg die Vorgänge uminterpretiert hat“, erklärte Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. „Die Aktivist*innen, von denen etliche nach dem brutalen Einsatz im Krankenhaus behandelt werden mussten, sehen sich seither massiver staatlicher Repression ausgesetzt. Dass nun den Jüngsten die berufliche Perspektive zunichte gemacht werden soll, indem sie ab Dezember aus dem gesamten Bundesgebiet regelmäßig zu den ohnehin belastenden Prozessterminen nach Hamburg fahren müssen, obwohl ihnen keinerlei konkrete Straftaten vorgeworfen werden, ist schlichtweg nicht hinnehmbar. Die Rote Hilfe e.V. fordert die umgehende Einstellung dieser offensichtlich politisch motivierten Verfahren und steht solidarisch an der Seite der Betroffenen.“

RECHTSHILFEGRUPPE

SOLIANZEIGE



www.fiftyfifty-galerie.de/projekte

Bitte spenden Sie.
asphalt e.V./fiftyfifty, DE35 3601 0043 0539 6614 31

fiftyfifty
Straßenmagazin/Galerie

Weitere Infos unter:
<https://gemeinschaftlich.noblogs.org/>
 Am Samstag, den 28. November vor Beginn der Rondenborg-Prozesse sind in mehreren Städten Aktionen geplant. Achtet auf Ankündigungen. Zentrales Spenden- und Beitragskonto:
 Rote Hilfe e.V.
 Sparkasse Göttingen
 Stichwort G20

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
 BIC: NOLADE21GOE

Rechtshilfegruppe Düsseldorf:
rhg-duesseldorf@riseup.net
 Rote Hilfe Düsseldorf-Neuss:
duesseldorf-neuss@rote-hilfe.de

Studieren in Zeiten von COVID19

Tipp für weitere Infos:

<https://www.studis-online.de/studienfinanzierung/corona-und-studienfinanzierung.php>

Das Sozialreferat des HSD-ASTa war in den letzten Monaten ganz schön auf Trab. Denn Studierende sind auf verschiedene Weise von der aktuellen Situation betroffen – nicht selten auch in existenziellen Fragen. Darüber haben sich die Zuständigen für die ASTa-HSD-Seite in der TERZ mit Vertreter*innen des Referats unterhalten.

Ihr habt sicher viele Anfragen erhalten und Gespräche geführt. Was habt Ihr erzählt bekommen darüber, welche finanziellen Auswirkungen die Corona-Krise für Studierende hat?

Für Studierende sind die Folgen der Krise enorm. Viele haben mit dem Wegfall oder mit Verdienstauffällen in ihren Jobs oder Lohnarbeitsstrukturen zu kämpfen. Da geht es dann auch für das Leben jenseits des Campus' recht fix ans Eingemachte, wenn sich zum Beispiel Mietschulden ansammeln. Oft fehlt auch das Geld, den Semesterbeitrag bezahlen zu können. Dann droht sogar eine Exmatrikulation. Besonders betroffen sind Studierende, die kein BAföG beziehen. Auch für international Studierende sieht die Situation nicht gut aus. Sie dürfen nur in begrenztem Umfang eine Arbeit annehmen. Wer nicht aus einem EU-Land nach Düsseldorf gekommen ist, hat überhaupt keine Möglichkeit, Hilfen vom Staat zu erhalten. Wenn es hart auf hart kommt, kann das für die Betroffenen bedeuten, dass sie ihr Studium abbrechen müssen.

Welche staatlichen Unterstützungen gab oder gibt es denn überhaupt und wie haben sie helfen können?

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gewährte erst ab Juni und nur für wenige Monate auf Antrag eine Überbrückungshilfe. Die höchstmögliche Unterstützungssumme lag bei 500 Euro monatlich, musste aber jeden Monat aufs Neue beantragt werden. Im Wirrwarr der Antragsregelungen blieb es schwer, vollständige und richtig ausgefüllte Anträge einzureichen. Die meisten wurden dann auch abgelehnt mit der Begründung, dass die Antragsteller*innen nicht berechtigt seien, die Hilfe in Anspruch zu nehmen, zum Beispiel, weil diese schon vor der Pandemie in prekären finanziellen Verhältnissen gelebt hätten. Das ist natürlich sehr enttäuschend. Weniger

kompliziert war die Möglichkeit, über die Stadt Düsseldorf einen einmaligen Zuschuss für digitales Lernmaterial zu bekommen. Leider gab es dieses Hilfspaket aber nur für BAföG-Empfänger*innen und Düsseldorfer*innen.

Das klingt wirklich alles sehr schwierig und auch bedrückend. Konnte der ASTa denn helfen?

Ja. Der ASTa bietet über ein zinsloses Darlehen in Höhe von 320 Euro hinaus die Möglichkeit, Unterstützung in Höhe von 853 Euro aus seinem Notfonds zu erhalten, beispielsweise als Beihilfe bei Miet-, Energiekosten- und Krankenversicherungsrückständen. Anlassbezogen hilft jetzt außerdem ein Notfonds für höhere Gewalt. Dieser greift beispielsweise, wenn Studierende der HSD wegen der Pandemie ihren Job verlieren.

Sicherlich eine große Hilfe. Leider sieht es aber nicht so aus, als würde die Situation sich rasch wieder verbessern. Was braucht es also, um eine Unterstützung zu gewährleisten, so dass niemand sein ihr Studium abbrechen muss oder in Not gerät?*

Nun, ganz sicher muss der Zugang zu BAföG-Leistungen erleichtert werden, auch für international Studierende. Auch, wenn es um ein elternabhängiges BAföG geht, wenn die Studierenden älter als 30 Jahre alt sind oder mit dem Studium an der HSD einen zweiten Ausbildungsabschluss machen. Wir brauchen zudem die Möglichkeit der besonderen Unterstützung international Studierender, damit diese beispielsweise nicht an Sprachbarrieren scheitern und Antragsverfahren von allen gleich gut bewältigt werden können. Es ist nötig, schnell zu handeln. Eine unbürokratische Lösung wäre etwa ein vorübergehendes Grundeinkommen. Denn es geht ja meistens um sehr rasch auftretende Engpässe. Die Ablehnungsgründe der Überbrückungshilfe-Anträge haben uns zudem noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig eine Unterstützung derjenigen ist, deren finanzielle Lage auch schon vor Beginn der Krise nicht rosig war. Wenn Fixkosten für die Lebenshaltung lediglich gestundet oder Zahlungsfristen verschoben werden, verschiebt sich das Problem nur. Darum ist eine direkte und unkomplizierte Hilfe wohl das, was es gerade am dringendsten braucht.

Danke für das Gespräch – und für eure Arbeit!

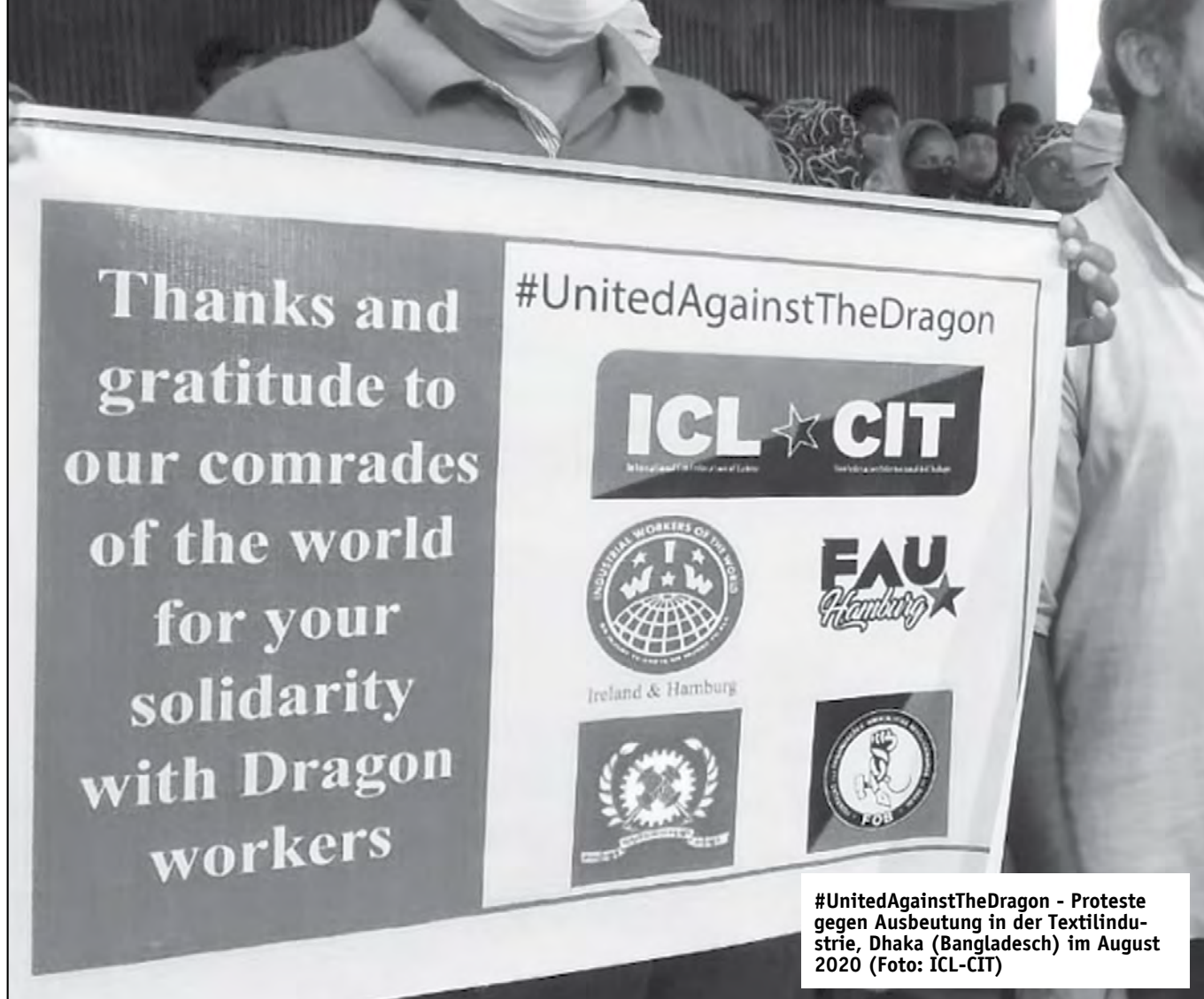
Der Antifa-AK an der HSD präsentiert als Mitveranstalter

INPUT – antifaschistischer
Themenabend:

„Dunkle Mächte“ – Wie und warum funktionieren Verschwörungserzählungen?

**Dienstag, 24. November, 19:30 Uhr,
Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstraße
40, Düsseldorf. Referent: Michael
Fehrin (Antirassistisches Bildungs-
forum Rheinland)**

Verschwörungen, Geheimgesellschaften und Komplotte: Abenteuerlichste Stories jeder Art sind für viele Zeitgenoss*innen spannend und viel aufregender als wissenschaftliche Studien oder Geschichtsbücher, also ein seriöses Erschließen eines Themas. Denn Eingeweihte wissen: „Die da oben“ lügen sowieso alle, Wissenschaft und Medien sind bis auf die eigenen gekauft, und überhaupt bekommen „Normalbürger“ doch gar nicht mit, was wirklich geschieht. Warum Verschwörungserzählungen für viele so attraktiv sind, wo sie herkommen und welche Hintergründe sie haben, soll der Vortrag – nicht zuletzt auch anhand historischer Beispiele – erläutern. So war die wohl erfolgreichste Lügengeschichte aller Zeiten die von einer „jüdischen Weltverschwörung“. Die frei erfundenen „Protokolle der Weisen von Zion“ zeigen, welche Effekte auch die obskursten Anschuldigungen haben können. Das Pamphlet ist bis heute ein „Klassiker“ des Antisemitismus. Vor allem, wenn es um „dunkle Mächte“, die angeblich unser aller Schicksal bestimmen, geht. Die strukturelle Ähnlichkeit mit der heutigen „QAnon“-Agitation ist nicht zu übersehen.



Zusammen gegen den Drachen

Arbeitsrecht und Lieferketten-Kapitalismus in der Textilindustrie spielen auch beim Kauf eines Winterpullis eine Rolle, wenn wir ihn hier in Düsseldorf vermeintlich günstig shoppen. Darum: Bewusster Konsum ist wichtig. Noch besser aber ist, sich über die internationalen Wertschöpfungsketten zu informieren und für die Rechte derjenigen laut zu werden, die die Kleidung herstellen, die wir für einen kleinen Euro kaufen. Ein Bericht aus der FAU Düsseldorf.

Etwa 6.000 Arbeiter*innen konnten sich ihren Lebensunterhalt durch Tätigkeiten in der Dragon Sweater Fabrik sichern. Diese Fabrik steht in einem Hochhaus in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch. Im März 2020 wurde die Fabrik unter dem Vorwand, auf die CoViD-19-Pandemie reagieren zu müssen, stillgelegt.

Die Besitzer entschieden, die Arbeiter*innen fristlos zu entlassen. Trotz anderslautender Bedingungen in ihren Arbeitsverträgen und ohne ihnen ihre ausstehenden Löhne, Bonus- und Entschädigungszahlungen zu zahlen. Geld, das ihnen zusteht. Die Unterschlagung der Zahlungen ist nachweislich illegal.

Die Fabrikbesitzer sind Teil eines umfangreicheren Konglomerats, das sich „Dragon Group“

nennt und unter anderem auch ein Büro in London unterhält. Anfangs hatten sie Verhandlungen mit den Arbeiter*innen stets abgelehnt. Die meisten der betroffenen Arbeiter*innen sind in der Gewerkschaft Garment Workers Trade Union Center (GWTUC) organisiert und protestieren auch immer wieder auf den Straßen in Dhaka, seit die Schließung der Fabrik angekündigt wurde.

Es ist erwiesen, dass die Arbeiter*innen dort zumindest im Jahr

2019 für New Yorker, Walmart und Lidl in großen Mengen Kleidung genäht, gebügelt und verpackt haben.

Diese Unternehmen haben somit direkt von der Ausbeutung der Arbeiter*innen profitiert. Deshalb wollten wir diesen Kampf dorthin tragen, wo das große Geld mit ihrer Arbeit gemacht wird: zu den Absatzmärkten in Europa, Nordamerika und weltweit. Basisgewerkschaften wie die Freie Arbeiter*innen Union (FAU) in Deutschland, die Industrial Workers of The World (IWW) vor allem in englischsprachigen Ländern, die spanische Confederación de Trabajo (CNT), die polnische Basisgewerkschaft Inicjatywa Pracownicza (IP), die griechische ESE und die Vereinigung der

revolutionären syndikalistischen Organisationen in Brasilien (FOB) haben bereits solidarische Aktionen durchgeführt.

United against the dragon

Um die von den verantwortlichen Fabrikbetreibern und Markenanbietern errichtete Wand der Stille zu durchbrechen sowie die Arbeiter*innen in der Auseinandersetzung zu unterstützen, riefen wir von der FAU, initiiert von der Arbeitsgruppe Asien der IKA (Internationale Konföderation der Arbeiter*innen, eine internationalistische Föderation von Basisgewerkschaften) gemeinsam mit GWTUC und IWW Irland zum „Weltweiten Monat der Solidarität mit den Arbeiter*innen bei Dragon Sweater“ auf: Vom 15. August bis zum 15. September wurden Demonstrationen, Mahnwachen und Infotische an vielen Orten organisiert, die der Aufklärung der Öffentlichkeit dienen sollten, um Druck auf die Endabnehmer auszuüben, sich endlich zugunsten der entlassenen und geprellten Arbeiter*innen zu bewegen.

Gleichzeitig mit diesem weltweiten Monat der Solidarität haben Arbeiter*innen in Bangladesch viele Demonstrationen abgehalten, einmal sogar das Arbeitsministerium belagert.

Zusätzlich haben Genoss*innen hierzulande die Website unitedagainstthedragon.info geschaffen,

über die Anfragen und/oder Beschwerden an die abnehmenden Konzerne gerichtet werden konnten.

Trotz dieser internationalen Aufmerksamkeit verweigerte die Dragon Group weiterhin lange jedes Gespräch mit der Belegschaft, blieb in ihrer Haltung komplett verschlossen. Anfängliche Verhandlungen wurden abgebrochen und die Arbeitgeber verunglimpften die Arbeiter*innen als „unpatriotisch“ – bei aller nationalistischen Rhetorik ein Spaltungsversuch, der sich massiv gegen die Arbeiter*innen vor Ort, aber auch gegen die internationale Unterstützung der Arbeitskämpfe richtete. Zuletzt wurden sogar Streikende von Sicherheitsmitarbeitern des Arbeitgebers physisch attackiert. Die Polizei wollte zu allem Überfluss diesen Übergriffen nur unter ihren Bedingungen nachgehen, machte sie doch ihre Ermittlungen davon abhängig, dass die sexuellen Belästigungen, die im Rahmen der Repressionen gegen die Streikenden begangen worden waren, nicht öffentlich thematisiert würden.

Nach dem Teilsieg

Letzten Endes hat die internationale öffentliche Aufmerksamkeit aber offenbar doch ihren Teil dazu beigetragen, dass die Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association (BGMEA) zusammen mit Repräsentant*innen der

Arbeiter*innen und der Regierung von Bangladesch am 12. Oktober 2020 ein Abkommen unterzeichnet haben. Darin vereinbarten sie:

1. Als Ausgleich für die ausstehenden Löhne werden allen Arbeiter*innen jährlich 15 Tageslöhne zusätzlich ausgezahlt.
2. Alle seit 2018 ausstehenden Urlaubsgelder und Feiertagszuschläge werden nachträglich ausgezahlt.
3. Verwaltungsangestellten zustehende Löhne werden gemäß der dem Eigentümer bisher zur Verfügung stehenden Daten ausgezahlt.
4. Alle genannten Löhne werden in vier Raten ausgezahlt, und zwar am 7. und 22. November sowie am 7. und 22. Dezember 2020.
5. Oben genannte Vereinbarungen gelten nicht für nachträglich eingestellte Arbeitskräfte.
6. Von weiteren Konflikten wird in Zukunft von beiden Seiten abgesehen.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens kann nur als Teilsieg betrachtet werden, da die Fabrikbesitzer so nur ca. die Hälfte dessen zu zahlen haben, was den Geprellten und Entlassenen eigentlich vertragsgemäß zugestanden hätte. Da es aber Grundprinzip einer Basisgewerkschaft ist, den Lohnabhängigen selbst die Festlegung ihres Ziels zu überlassen, statt auf Ebene hauptamtlicher

Funktionär*innen (die eine Basisgewerkschaft nicht hat) zu entscheiden, wer wann was in welcher Weise zu tun oder zu lassen habe, lag die Entscheidung für diese Form gütlicher Einigung bei den Mitgliedern der GWTUC. Nun bleibt abzuwarten, ob die vereinbarten Zahlungen pünktlich, regelmäßig und in voller Höhe geleistet werden und ob bei schwindender öffentlicher Aufmerksamkeit nicht vielleicht doch Repressalien gegen die Arbeiter*innen erfolgen.

Aus all diesen Gründen wird die Arbeitsgruppe Asien der IKA, der internationalen Föderation von Basisgewerkschaften, zu denen auch die FAU gehört, ihre Aufmerksamkeit dem Konzern gegenüber in den kommenden Wochen aufrechterhalten. Unter anderem soll in einer Radiosendung zum Thema Arbeitsunrecht bei Antenne Düsseldorf am Freitag, den 13. November 2020 ab 21 Uhr über den aktuellen Stand der Dinge berichtet werden.

FAUD36

Weitere, laufend aktualisierte Informationen unter:
globalmayday.net
fau.org/artikel
direkteaktion.org
icl-cit.org/tag/asia/
 oder dem Hashtag #UnitedAgainst-TheDragon

Weg mit dem PKK-Verbot

Demonstration in Köln am 21. November

Zahlreiche linke und migrantische Organisationen planen eine bundesweite Demonstration unter dem Motto „Unsere Utopie gegen ihre Repression“. Anlass für die Demonstration ist das seit 27 Jahren bestehende Verbot der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Deutschland.

Es ist noch gar nicht lange her, da überbot man sich mit Danksagungen an die kurdischen Kräfte, dass sie sich gegen den IS gestellt haben. Zusammen mit den USA hat man die Islamisten bekämpft und Nord-Syrien von ihnen befreit. Es war die PKK-Guerilla, die Tausende von Jesid*innen im Nord-Irak vor dem sicheren Tod bewahrt hatte, als sich die Peshmerga vor den heranstürmenden IS-Leuten zurückzog. Für eine kurze Zeit sah es damals so aus, dass das seit 1993 bestehende PKK-Betätigungsverbot in Deutschland rückgängig gemacht würde. Selbst der damalige Unionsfraktionschef Volker Kauder konnte sich das 2014 vorstellen. Bekannterweise ist dies nicht passiert. Im Gegenteil – die Repressionschrauben gegen die kurdische Bewegung in Deutschland wurden weiter angezogen. Bisher gab es tausende von Gerichtsverfahren, und auch aktuell finden

weitere Razzien, Verhaftungen und Verbote statt. Der abstruse vorläufige Höhepunkt war die Razzia und das Verbot des in Neuss ansässigen Mezopotamien-Verlags und der MIR Multimedia GmbH im letzten Jahr. Dort wurde im Tonstudio kurdische Musik aufgenommen und verlegt. Zudem brachten die Firmen kurdische Kinderbücher, ins Kurdische übersetzte Weltliteratur und auch die Schriften von Abdullah Öcalan heraus. Doch mit der Begründung der PKK-Unterstützung wurde dieses Verbot durchgezogen. Mittlerweile verlegt der Unrast-Verlag einige seiner Schriften. Ebenso skandalös sind die Prozesse gegen angebliche PKK-Mitglieder. Den Beschuldigten werden keinerlei konkrete Delikte vorgeworfen. Dafür werden Spendensammeln, Vereinsbeiträge oder der Verkauf von legalen Zeitungen vor Gericht als Unterstützung der PKK ausgelegt und die Angeklagten meist zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das muss ein Ende haben, und dafür muss das seit 27 Jahren bestehende Verbot abgeschafft werden. Selbst die Richter*innen kommen nicht umhin zuzugeben, dass die heutige PKK nicht mit der PKK von vor 30 Jahren zu vergleichen ist. Mit dem Wegfall des PKK-Verbotes könnte endlich auch in Deutschland eine offene Diskussion über das Verhältnis von PKK, der Türkei und Deutschland

stattfinden. Genau das aber ist nicht gewollt. Die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei soll nicht gestört werden. Genau deshalb hält sich die deutsche Regierung vornehm zurück bei allem, was Erdoğan treibt, sei es die militärische Eskalation im Mittelmeer, der kriegerische Einmarsch in Nord-Syrien zur Vertreibung der Kurd*innen oder die inntürkischen Repressionen gegen alle Menschen, die sich ihm nicht bedingungslos unterordnen. Und selbst zu den offensichtlichen Lügen zur Anzahl der Corona-Fälle in der Türkei will man nichts sagen und lässt weiterhin Leute aus Deutschland in die Hochrisiko-Gebiete reisen. Es geht bei der Demonstration aber nicht nur um die kurdische Bewegung und das PKK-Verbot. Kurd*innen sind auch dem rassistischen Normalzustand in Deutschland ausgesetzt. Die Repression hat auch immer wieder eine rassistische Komponente. Deshalb waren auch Kurd*innen bei den „Black Lives Matter“-Demonstrationen vor einigen Wochen dabei. Darum rufen auch migrantische Organisationen zu dieser Demonstration auf. Es gibt also viele Gründe, daran teilzunehmen. ↗

Der genaue Ort und die Uhrzeit werden noch bekannt gegeben, deshalb achtet auf Ankündigungen in den sozialen Netzwerken, z. B. unter [facebook/akkustan](https://www.facebook.com/akkustan)
 Weitere Infos zur Demonstration unter: unsereutopie.noblogs.org



Düsseldorf erinnert ...

Gedenken an die Novemberpogrome 1938

Unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie ist auch das Gedenken an den Novemberpogrom in diesem Jahr eine besondere Herausforderung. Die Mahn- und Gedenkstätte hat sich daher mit allen Partner*innen – der Evangelischen Kirche und der Katholischen Kirche in Düsseldorf, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Düsseldorf e. V. und der Stadt – dazu entschlossen, in diesem Jahr keinen ökumenischen Gedenkgang und keine Gedenkstunde im Rathaus durchzuführen. Alle Akteur*innen sind sich aber einig, dass das Gedenken an den Novemberpogrom nicht ersatzlos ausfallen darf. Gemeinsam wurde ein pandemietaugliches Konzept aufgelegt, das in dezentraler Form das Gedenken in der Stadt mit einer Vielzahl von Aktionen unter dem Motto „Düsseldorf erinnert“ sichtbar machen soll. So soll mit zwei eindrücklichen Plakatmotiven im Stadtgebiet an die Ereignisse des Novemberpogroms erinnert werden. „24 Stunden: 450 Überfälle, 70 Verletzte, 13 Tote“ fasst das erste Plakat die traurige Bilanz des Pogroms in Düsseldorf zusammen. Die Aussage der Zeitzeugin Hanna Zürnendorfer auf dem zweiten Plakat führt vor Augen, was sich konkret dahinter für die betroffenen Menschen verbarg: „Sie rasten durchs Zimmer und zertrümmerten, zerschmetterten, zertrampelten alles.“ Ihr Zitat beschreibt die physische Zerstörung, aber auch das Zerbrechen jeglichen Sicherheits- und Heimatgefühls jüdischer Düsseldorfer*innen innerhalb dieser 24 Stunden. Die Plakate können auch von Privatpersonen ins Fenster gehangen werden.

Es geschah in Düsseldorf

Vom 28.10. bis 16.11., Digitalaktion mit Hörbeiträgen auf Youtube, Facebook, Instagram oder Mail
Vom 28. Oktober bis zum 16. November wird täglich ein Beitrag mit Zitaten von Zeitzeug*innen veröffentlicht, um die historischen Ereignisse in Düsseldorf vor 82 Jahren zu beleuchten.

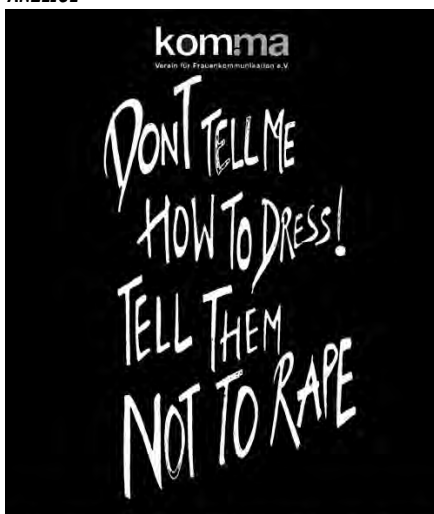
Der Zeitrahmen umfasst die Polenaktion am 28. Oktober 1938, das Attentat auf Ernst vom Rath am 7. November, den Pogrom am 9./10. November und schließlich die Deportation von 80 Düsseldorfern in das Konzentrationslager Dachau am 16. November 1938. Die Aussagen der Zeitzeug*innen beschreiben die jeweiligen Tagesereignisse und ihre Folgen, reflektieren aber auch den zunehmenden Verlust von Sicherheit und das Wachsen von Angst und Verzweiflung. Die Digitalaktion „Es geschah in Düsseldorf“ ist als Hörbeitrag über Social-Media-Plattformen der Mahn- und Gedenkstätte zugänglich und wer die Beiträge als täglichen Sondernewsletter zur Lektüre erhalten möchte, kann sich unter gedenkstaette@duesseldorf.de anmelden.

Hoffnung von Millionen. Jüdische Lebenswege zur Konferenz von Évian 1938

Ausstellung bis 20.11., Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90, Eintritt frei

Évian-les-Bains, Juli 1938, ein gediegener Kurort am Genfer See, Vertreter von 32 Nationen streiten über Einreisebedingungen und Aufnahmequoten für die jüdischen Flüchtlinge. Spätestens seit Frühjahr 1938 versuchen zehntausende Jüdinnen und Juden verzweifelt aus Deutschland und Österreich zu fliehen, um Mord und Verfolgung zu entkommen. Der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt schlägt die Einberufung einer internationalen Flüchtlingskonferenz vor. 32 Länder folgen der Einladung, beobachtet von mehr als 200 akkreditierten Journalist*innen. Keine offizielle Einladung erhalten die eigentlich Betroffenen, die jüdischen Flüchtlinge. Doch reisen Vertreter*innen von 39 jüdischen Organisationen an. Ein Subkomitee wird zusammengestellt, und einzelne Vertreter*innen tragen ihre Anliegen an einem Tag im Fließbandtempo vor. Ihre Vorschläge kommen aus profunder Kenntnis der Situation, finden Eingang in Protokolle und Memoranden – mehr allerdings nicht. Am 15. Juli 1938 endet die internationale Flüchtlingskonferenz von Évian. Ihr Ergebnis zerstört nicht nur die »Hoffnung von Millionen«. Aus heutiger wie damaliger Sicht versagte die Weltgemeinschaft völlig. Die teilnehmenden Staaten verweigerten den Jüdinnen und Juden die Zuflucht in höchster Gefahr. Was folgt, ist die ungehinderte systematische Verfolgung und der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung in Europa durch das nationalsozialistische Deutschland bis zum Kriegsende am 8. Mai 1945. Wer waren die Vortragenden, Beobachter*innen und Vertreter*innen des jüdischen Subkomitees? Was wissen wir über ihre Lebenswege? Welche Positionen vertraten sie vor und nach der Konferenz von Évian? Welche Folgen hatte das Ergebnis der Konferenz für sie ganz persönlich? Umfangreiche Recherchen für die Ausstellung ermöglichen die Aufzeichnung von elf Lebenswegen jüdischer Protagonist*innen, unter ihnen bekanntere Namen wie Golda Myerson (Meir), Otto Hirsch, Nahum Goldmann und weniger bekannte wie Jacob Teitel, Rabbi Jonah B. Wise, Friedrich Reichmann und Kurt Blumenfeld. Die Ausstellung, kuratiert von Dr. Katja Schlenker und Christina Klein unter Mitwirkung von Florian Christopher Weegen und Werner Schwabe, wird unterstützt vom Landschaftsverband Rheinland.

ANZEIGE



25. November / Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

www.komma-duesseldorf.de

Europäische Union – wie weiter?

Di., 03.11., Zakk, Fichtenstr. 40, 19h, Eintritt frei
Fällt die EU auseinander, wird sie Freihandelszone oder gibt es Chancen für eine friedliche, demokratische und sozial-ökologische Erneuerung?

Krisen und politische Gegensätze unter den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind nicht neu. Neu allerdings ist mit dem Brexit der Austritt eines Landes aus der EU. Neu ist die Qualität, europäische Lösungen durch die Organisation nationaler Interessen zu blockieren. Die zunehmende politische Fragmentierung vollzieht sich entlang unterschiedlicher Konfliktlinien und geht einher mit Veränderungen politischer Kräfteverhältnisse. Was geht da noch? Und wohin kann es gehen? Steht der EU-Asylpakt für die angestrebte Neuausrichtung der EU? Was ist mit einem sozialem Green New Deal – gäbe es dafür Mehrheiten? Welche Rolle hat die EU in den globalen Auseinandersetzungen und angesichts eines neuen Kalten Kriegs zwischen den USA und China? Hinzu kommen die Ungewissheiten, die mit dem Ausgang der Wahlen in den USA verbunden sind. Und welche Verantwortung hat Deutschland? Welche Weichen werden mit der deutschen Ratspräsidentschaft gestellt? Was wird wie zum Thema gemacht? Und gibt es linke Antworten auf diese Entwicklungen – auf der Höhe der Zeit? Die Referentin Cornelia Hildebrandt arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und (neben Marga Ferré, United Podemos, Spanien) neu gewählte Co-Präsidentin der Europäischen Stiftung Transform Europe – der Stiftung der Europäischen Linkspartei.

Von Hoyerswerda nach Hanau.

30 Jahre deutsche Normalität

Mi., 04.11., Kunstsammlung K 20, Grabbeplatz 5, 20h, begrenzte Plätze, ohne Anmeldung

Artist Talk: Hito Steyerl im Gespräch mit Autor und Migrationsforscher Mark Terkessidis über Rassismus in den 1990er Jahren und heute. Im Rahmen der Ausstellung „I Will Survive“ im K21 von Hito Steyerl.

Heinz Bude: Solidarität.

Die Zukunft einer großen Idee

Mi., 04.11., Zentralbibliothek, Bertha-von-Suttner Platz, 20h, Eintritt frei - begrenztes Kartenkontingent, Anmeldung: zblive@duesseldorf.de

Solidarität war einmal ein starkes Wort. Es geriet in Verruf, als jede*r für sein Glück und seine Not selbst verantwortlich gemacht wurde. Heute ist die Gesellschaft tiefer denn je zwischen Arm und Reich gespalten. Natürlich gibt es ein Sozialsystem, das einen Ausgleich bewirkt. Dazu brauchen wir aber ein neues Verständnis von Solidarität. Wir sollten uns nicht damit begnügen, materielle Not zu lindern, sondern im Anderen uns selbst als Mensch wiedererkennen. Erst durch diese freie Entscheidung zur Mitmenschlichkeit findet eine Gesellschaft wieder zusammen. Prof. Dr. Heinz Budes (Uni Kassel / Lehrstuhl für Makrosoziologie) Reflexionen über die solidarische Existenz liefern die Antworten auf die soziale Frage unserer Zeit. Im Gespräch mit ihm wird unter anderem zu klären sein, ob und wie sich die Corona-Pandemie auf das Thema „Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhang“ auswirkt.

„Hände weg von meinem Ally!“ – Solidarität

Mi., 11.11., Zentralbibliothek, Bertha-von-Suttner Platz, 20h, Eintritt frei - begrenztes Kartenkontingent, Voranmeldung: zblive@duesseldorf.de

„Merkt du was ich merke, Was ich bis zur Rückkopplung verstärke“, heißt es bei der Band Blumfeld in ihrem Song „Verstärker“ – so kommt es zum Titel des Veranstaltungsformats mit dem Kulturredakteur Philipp Holstein und der Literaturwissenschaftlerin Dr. Verena Meis. Viermal im Jahr gehen sie den Rückkopplungen von Literatur, Film und Pop nach. Sie befragen Neuerscheinungen und Klassiker zu einem ausgefallenen Thema, besorgen den nötigen theoretischen Unterbau und destillieren daraus guten Rat für die Gegenwart. Im November beschäftigen sie sich mit dem Thema Solidarität. Rückkopplungen bietet einen Abend über Freundinnen und Kumpels, über Verbündete, Blutsbrüder und -schwestern, Best Friends Forever, Geistesverwandte, Schwippschwäger*innen, Partners in Crime, über Brothers and Sisters. Sie entdecken Gemeinsamkeiten zwischen Fiktion und Wirklichkeit und rüsten das Publikum für die Herausforderungen der Gegenwart. „Hand in Hand we stand!“

ANZEIGE

zakk... November 2020

So 1.11. **zakk-Schachtunier** Einfach anmelden und mitspielen - Auch am 8.11

Do 5.11. **„Wer ist wir?“ mit Peter Maxwell** Lesung und Gespräch im Haus der Kirche

Do 5.11. **Jean-Philippe Kindler - Mensch ärgere dich nicht** Ein Satireprogramm vom deutschsprachigen Meister im Poetry Slam

Sa 7.11. **Donna Blue** Fem_Pop #14: Träumenscher Sixties-Sound aus den Niederlanden

So 8.11. **Science Slam on Sunday** Die Wissenschaft schlägt zu! Moderation Dr. Verena Meis & Markim Pause.

Di 10.11. **Serdar Somuncu Solo** Ein Abend zwischen Comedy und Musik

Do 12.11. **Tino Bomelino: Man muss die Dinge nur zu Ende** Stand-Up, Musik, Loop-Station, Comics, lustige Tiere

So 15.11. **Attac politisches Frühstück** Informations- & Diskussionsveranstaltung

So 15.11. **Heinrich Heine Salon Matinee: Mit Mut und List** Europäische Frauen gegen Faschismus und Krieg. Vorgestellt von Florence Hervé.

Do 26.11. **„Cuba kann Öko“ - Umweltpolitik in Cuba trotz der US-Blockade.** Eine andere Welt ist möglich

Do 26.11. **Wird verschoben: 11 Freunde live** Köster & Kirschneck lesen vor und zeigen Filme!

Sa 28.11. **Straßenleben - Ein Stadtrundgang mit Wohnungslosen** Düsseldorf aus einer anderen Perspektive - Auch 29.11.

Bitte informiert Euch auf zakk.de über eventuelle Änderungen
zakk.de · Fichtenstr. 40 · Düsseldorf

Haru Specks Vinyl-Predigt: „Solidarität“
Mi., 18.11., Zentralbibliothek, Bertha-von-Suttner
Platz, 20h, Eintritt frei - begrenztes Kartenkontingent, Voranmeldung: zblive@duesseldorf.de

Anfang der 1980er Jahre entdeckten britische Bands Pop als politisches Medium. Man sprach von Agit-Pop und Gruppen wie The Style Council oder The Blow Monkeys forderten in ihren Songs Solidarität im Kampf gegen den aufkommenden Thatcherismus. Nicht das einzige Beispiel, wie der oft als oberflächlich bezeichnete Pop auf einmal (gesellschafts-) politisch wurde. Haru Specks führt durch 11 Songs der Poggeschichte zum Thema „Solidarität“. Neben seinen unterhaltsamen Informationsschnipseln hat der Musikexperte natürlich vor allem die Musik mit im Gepäck. Zum Motto des Abends hat er ein Zitat der britischen Punkband Sham 69 ausgewählt: „If the kids are united Then we'll never be divided“.

Ingrid Strobl:

Vermessene Zeit – Der Wecker, der Knast und ich
Do., 12.11.20, BiBaBuZe, Aachener Str. 1, 19.30 Uhr,
Eintritt 6,- Euro, Anmeldung erforderlich

Ingrid Strobl, Journalistin in Köln, wird 1987 in ihrer Wohnung festgenommen und wegen des Kaufes eines Weckers – der später bei dem Anschlag der „Revolutionären Zellen“ auf ein Lufthansgebäude als Protest gegen die Abschiebep Praxis von Asylsuchenden verwandt wird – zu fünf Jahren Haft verurteilt. 30 Jahre später reflektiert Ingrid Strobl in ihrem Buch das Leben im Gefängnis, den Aktivismus von Frauen und die Frage nach der Legitimität von Widerstand und Gewalt. Autorinnenlesung in Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe und Wir Frauen e. V. Das Buch ist erschienen bei Edition Nautilus (18,- Euro).

„Zionistische Protokolle“, „Kalergi-Plan“ und „Großer Austausch“. Antisemitische Agitation und Gewalt in der Geschichte der Bundesrepublik
Do., 12.11., Haus der Kirche, Bastionstr. 6, 18h,
Anmeldung erforderlich

Antisemitismus war und ist das Master-Narrativ der extremen Rechten. Während in Teilen dieses Milieus jüdenfeindliche Äußerungen seit 1945 nur noch verkläuselt zu vernehmen waren, sahen andere keinen Grund zur Mäßigung. Kriegsniederlage und „Schuld kult“, deutsche Teilung, sinkende Geburtenzahlen, Migration – kaum ein Thema, das die extreme Rechte bewegte, das nicht letztendlich auf jüdische Urheberschaft zurückgeführt wurde. Der Vortrag von Dr. Niklas Krawinkel wirft Schlaglichter auf antisemitische Inhalte und Gewalt der extremen Rechten.

Das Philosophische Café: Von wegen Sokrates
Do., 19.11., Zakk, Fichtenstr. 40, 18h, Eintritt frei
Ab sofort lädt das Philosophische Café im Zakk einmal im Monat alle Menschen zum Philosophieren ein, gleich welchen Alters oder Bildung. Moderiert wird das Café vom Düsseldorfer Philosophen Jost Guido Freese, dessen Philosophie lautet: „Philosophieren ist eine Angelegenheit für alle Menschen und gehört daher an öffentliche Orte!“ Damit wirklich alle Menschen sich am Gespräch beteiligen können, ermöglicht die sokratische Gesprächsleitung eine allgemeine Verständlichkeit und eine respektvolle Gesprächsathmosphäre. „Kann Philosophieren helfen in den Schwierigkeiten des Lebens?“ lautet die Leitfrage des ersten Philosophischen Cafés. Damit ist klar, es geht hier nicht um Bescheid wissen, Bücher und Zitate, sondern eher um Fragen der praktischen Lebensführung. Denn seit Menschen denken, begleiten sie Fragen. Vielleicht machen die Fragen, zumal die unbeantworteten, den Menschen erst zu einem solchen. Wir wollen verstehen, mehr noch: wissen, was uns in der Welt umgibt. Die Teilnehmenden können Vorschläge für weitere Fragen für zukünftige Gespräche über einen Zettelkasten einbringen. Die Teilnahme ist kostenlos.

18. Filmfest Düsseldorf – Finalabend

Fr., 20.11., Zakk, Fichtenstr. 40, 17.30, Eintritt frei

Mittlerweile gehört das Filmfest Düsseldorf zu den größten und bekanntesten Kurzfilmfestivals Deutschlands und wird dabei komplett von Studierenden der Medien- und Kulturwissenschaft der Heinrich-Heine-Universität organisiert. Jedes Jahr im November wird an drei Tagen der Kurzfilm mit einem Wettbewerb gefeiert, bei dem junge Filmemacher*innen ihre Arbeiten einem breiten Publikum, sowie einer ausgewählten Fachjury präsentieren können. Dieses Jahr bereits zum 18. Mal. Aus über 1.000 Einsendungen jedes Jahr werden die besten ausgewählt, um sie auf dem Festival zu zeigen. Am heutigen Finalabend werden die vorab ermittelten Publikumsfavoriten des diesjährigen Festivals präsentiert. Im Anschluss folgt die Preisverleihung – die besten Filme des diesjährigen Festivals werden dabei mit dem Jury- und Teampreis sowie mit zwei Publikumspreisen ausgezeichnet. Beim Filmfest Düsseldorf kommen Studierende, Filminteressierte und Neugierige zusammen und können ein abwechslungsreiches Programm genießen!
Alle Infos unter <http://filmfest-duesseldorf.de>

„Cuba kann Öko“ – Umweltpolitik in Cuba trotz der US-Blockade

Do., 26.11., Zakk, Fichtenstr. 40, 19.30, Eintritt frei
Angesichts der weltweit und lokal immer stärker spürbaren ökologischen Krisenphänomene wird das Überleben der Menschheit davon abhängen, rechtzeitig umzusteuern und eine andere, nachhaltige Entwicklung einzuleiten, also die bisherigen Produktionsverhältnisse und Konsummuster zu überwinden. Umso wichtiger sind positive und inspirierende Beispiele auf allen Ebenen und in allen Bereichen, denn sie zeigen die Machbarkeit auf und das konkrete „Wie“, und bieten einen Erfahrungsschatz. Eines der wenigen Beispiele von guter Regierungsarbeit („Governance“) in dieser Hinsicht bietet, für viele wohl überraschend, Cuba. In einer ganz aktuellen Studie („Sustainable Development Index“) wurde wieder bestätigt, dass Cuba sich sehr gut entwickelt hat. Und dies vor dem Hintergrund einer seit fast sechs Jahrzehnten andauernden Feindseligkeit und umfangreichen Blockade durch die Supermacht USA. Eine Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V. (Regionalgruppe Düsseldorf) und EcoMujer e. V. (Frauen und Umwelt) mit dem Referenten Dr. Edgar Göll (stellvertr. Vorsitzender des Netzwerk Cuba e. V., Dipl.-Soziologe und seit 2016 im Board des Netzwerks Zukunftsforschung e. V.).

Nach Vor der Tagesschau

Do., 26.11., BiBaBuZe, Aachener Str. 1, 19.30 Uhr, Eintritt frei,
Anmeldung erforderlich

Der alljährliche vorweihnachtliche Rückblick auf die besten, unwichtigsten, schlechtesten, wichtigen, über- und unterschätztesten Bücher des Jahres 2020 mit Werner Hanses-Ketteler und Achim Raven. Diesmal nicht nur eine dreiviertel Stunde früher sondern auch mit dem Gast Martin Willems. Er stellt die von ihm herausgegebenen gesammelten journalistischen Arbeiten von Wolfgang Welt vor (Reiffer-Verlag).

Terror gegen Juden – Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt
Do., 26.11., Haus der Kirche, Bastionstr. 6, 19h, Anmeldung erforderlich

In Deutschland hat man sich an Zustände gewöhnt, an die man sich niemals gewöhnen darf: Jüdische Schulen müssen bewacht werden, jüdischer Gottesdienst findet unter Polizeischutz statt, Bedrohungen sind alltäglich. Der Staat hat zugelassen, dass es so weit kommt – durch eine Polizei, die diese Gefahr nicht effektiv abwehrt, sondern verwaltet; durch eine Justiz, die immer wieder beschönigt. Ronen Steinke ist durch Deutschland gereist und erzählt von jüdischem Leben im Belagerungszustand. Viel muss sich ändern in Deutschland. Was zu tun wäre, erklärt er in seinem Buch „Terror gegen Juden“.

Learning feminism from Rwanda

Fr., 27. + Sa., 28.11., FFT JuTa, Kasernenstr. 6., 20h, Eintritt 19,-/11,- erm.

Ruanda hat längst erreicht, wofür Frauen in Europa noch kämpfen: 61 % der Abgeordneten im Parlament sind weiblich. Das ostafrikanische Land hat nach dem Genozid 1994 die Geschlechtergerechtigkeit zur Basis seiner Politik gemacht. In Deutschland ist die Parität noch fern, obwohl die Gleichstellung seit 1949 im Grundgesetz verankert ist. Nur 31 % der Bundestagsabgeordneten sind Frauen. Mit flammenden Reden, Statistiken, Klagegedichten und Protestchoreografien performen sie für das arme Europa, das um magere Quoten ringt, während ruandische Pilotinnen Blutkonserven mit Drohnen durchs Land fliegen. „Learning feminism from Rwanda“ betrachtet die Frauenquote als politisches Instrument und beobachtet die Veränderung der Kultur und Geisteshaltung durch sie. Sechs Performer*innen folgen der Spur des ruandischen Fast-Track-Feminismus. Was kann Europa von Ruanda lernen? Pandemiebedingt treten zwei Performer*innen live und drei per Video auf.

einrich eine Salon

Matinee: Mit Mut und List Europäische Frauen gegen Faschismus und Krieg

Vorgestellt von Florence Hervé.

Es liest: Christiane Lemm

Sie kommen aus allen europäischen Ländern. Sie haben sich an allen Aktionen des faschistischen Widerstands beteiligt, Verantwortung übernommen, besondere Formen der Résistance entwickelt, und selbst selbst mit den Waffen gekämpft. Ob im Kurierdienst, bei der Untergrundpresse, der Fluchthilfe oder der literarischen Résistance: Sie haben für die Werte der Freiheit, des Friedens, der Menschenwürde und Solidarität gekämpft und zur Befreiung vom Faschismus beigetragen.

Davon erzählt Dr. Florence Hervé, Autorin von Büchern zu diesem Thema, mit biographischen Beispielen von Frauen im Widerstand gegen Besatzung und Krieg, aus Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Polen und dem Sowjetunion. Mit Texten und Einspielung von Liedern aus dem antifaschistischen Widerstand.

15. November 2020 – 11h – Zakk, Fichtenstr. 40

Eintritt: €10,- / 5,- (Düsselpass) inklusive Frühstück

www.heine-salon.de

Gefördert durch
www.literaturstadtduesseldorf.de

Landeshauptstadt
Düsseldorf



HINTERHOF

LINKES ZENTRUM

SAVE THE HINTERHOF und SOLI-BEUTEL

Es kommt uns wie eine Ewigkeit vor, dass wir euch als Gäste begrüßen durften. Wir vermissen euch natürlich sehr und müssen uns auch Gedanken machen, wie der Hinterhof diese Durststrecke überstehen kann. Noch immer ist es uns nicht möglich, den kulturellen Betrieb auch nur annähernd laufen zu lassen. Dadurch entfallen Spenden, auf die wir angewiesen sind, um laufende Kosten wie Miete, Strom, Wasser, ... begleichen zu können.

Kurz und Knapp: Ein Ende der Einschränkungen ist nicht in Sicht und wir brauchen eure Kohle. Wenn ihr den Hinterhof, als einen der letzten unkommerziellen Freiräume in Düsseldorf, nicht missen möchtet, helft uns bitte dabei ihn zu erhalten!

Auch zu diesem Zwecke und damit ihr den Hinterhof immer mit euch herum tragen könnt, gibt es unsere wunderbaren Bio- und FairTrade-Soli-Beutel in zwei verschiedenen Ausführungen.

Wenn ihr also könnt, spendet und unterstützt den Laden, bestellt unsere brandneuen Soli-Beutel oder holt ihn euch bei BiBaBuZe oder bei den Veranstaltungen im Zentrum selbst.

Wir freuen uns über jede kleine und größere Spende auf folgendes Konto:

kupo e.V.
IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88
BIC: DUSSEDE3333
Verwendungszweck: Spende Hinterhof

Solltet ihr Fragen zu eurer Spende haben, schreibt gerne eine mail an hinterhof-beutel@riseup.net.

Auch den Solibeutel könnt ihr gegen Spende bestellen. Bitte schreibt uns eine Mail mit Angabe der Anzahl und der Versandadresse an hinterhof-beutel@riseup.net. Wir melden uns.

Vielen Dank für eure Unterstützung.



APK SoliSampler für Freiräume in Düsseldorf

SoliSampler für Freiräume in Düsseldorf (<https://soli-apk.bandcamp.com/releases>), von der Szene für die Szene. Mit diesem Soli Sampler möchten das Anarchistische Projekt Kollektiv (APK) Freiräume in Düsseldorf unterstützen, mit Bands aus der Szene für die Szene wie Blue Chips To Eat, Blut Hirn Schranke, Cocktailbar Stammheim, Die Freundin Von, Die Schwarzen Schafe, Dr. Dreck, Ein Sommer im Keller, Gestank, Kotwort, Laserschelle, Los Gringos, marode, MyTerror, Oiro, Scherben, Selfie mit Stalin, Sniffing Glue, Subversive Brats, Tanzpalast Eden und Theilen.

Die Idee ist: ihr zahlt nur fünf Euro oder besser noch (wenn möglich) mehr, alle Einnahmen werden an folgende Läden verteilt:

K4 / Kulturbureau Kiefernstrasse
LZ / Hinterhof - Linkes Zentrum
V6 / FAU (Freie ArbeiterInnen Union Düsseldorf) Lokal

Also, hört rein, habt Spaß, verbreitet die Info und werft euren Läden etwas in den Hut – denn dort werden wir uns wiedersehen, wenn die Zeiten

wieder anders werden! Vielen Dank an alle beteiligten Bands!
<https://apkddorf.blackblogs.org>

Unterstützt den Hinterhof! Spendet an:
KUPO e.V.
IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88 |
Stichwort: Hinterhof
Kontakt: info@linkes-zentrum.de